

**Niederschrift**  
**über die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses**  
**am 27.07.2020**

Tagungsort:                    Großer Saal im Neuen Rathaus  
Beginn:                        17:00 Uhr  
Sitzungsunterbrechung: 19:00 bis 19:05 Uhr  
Ende:                         19:07 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Copertino  
Herr Jung  
Herr Weber  
Herr Werner

SPD

Herr Brücher  
Herr Sternbacher  
Herr Wandersleb  
Frau Weißenfeld

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Holler-Göller

**Herr Hood**

Frau Wegner

**Vorsitzender**

Bielefelder Mitte

Frau Pape

FDP

Frau Wahl-Schwentker

Die Linke

Frau Bußmann

Beratende Mitglieder

Frau Huber  
Herr Winkelmann

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Dogan-Alagöz

Lokaldemokratie in Bielefeld

Herr Gugat

Verwaltung

Frau Krutwage  
Herr Linnenbürger  
Herr Nürnberger  
Frau Riemann  
Frau Strate-Schneider

Amt für Soziale Leistungen -Sozialamt-  
Stab Dezernat 5  
Beigeordneter Dezernat 5  
Stab Dezernat 3  
Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt

Schrifführung

Herr Becker

Amt für Soziale Leistungen -Sozialamt-

## **Öffentliche Sitzung:**

### **Vor Eintritt in die Tagesordnung:**

Vorsitzender Herr Hood eröffnet die Sitzung.

Anschließend begrüßt Vorsitzender Herr Hood die Anwesenden einschließlich der teilnehmenden Gäste und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Die Tagesordnung soll um folgende Punkte erweitert werden:

- **TOP 3.1** Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu Auswirkungen der Coronakrise auf Geflüchtete und andere Personengruppen in Gemeinschaftsunterkünften, Drucksachennummer: 11261/2014-2020
- **TOP 3.2** Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu durch Coronakrise bedingte spezifische Bedarfe von einkommensschwachen Menschen, Drucksachennummer: 11261/2014-2020
- **TOP 3.3** Antrag vom 23.07.2020 der Koalition von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Lokaldemokratie Bielefeld – „Gesundheitsamt stärken – Handlungsfelder beschreiben“, Drucksachennummer: 11293/2014-2020
- **TOP 3.4** Anfrage vom 24.07.2020 der CDU-Fraktion – "Wie viele Soloselbstständige haben infolge der COVID 19 Pandemie Grundsicherung beantragt?", Drucksachennummer: 11305/2014-2020
- **TOP 3.5** Antrag vom 24.07.2020 der CDU-Fraktion – "Die Verwaltung wird beauftragt, bis zur nächsten SGA-Sitzung am 25.08.2020 ein Corona- Handlungskonzept zu erstellen.", Drucksachennummer: 11307/2014-2020

Die Änderungen der Tagesordnung werden einstimmig angenommen.

### **Zu Punkt 1      Bestellung von Herrn Holger Becker als Schriftführer**

Vorsitzender Herr Hood schlägt aufgrund der Abwesenheit von Frau Mülöt vor, Herrn Holger Becker als Schriftführer zu bestellen.

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss (SGA) fasst folgenden Beschluss:

**Herr Holger Becker wird zum Schriftführer des SGA benannt.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

### **Zu Punkt 2      Mitteilungen**

#### **Zu Punkt 2.1      Sachstand Alt und Jung Süd-West e. V.**

Herr Nürnberger erklärt ergänzend zur vorliegenden Mitteilung, dass die Anschlussversorgung für die Betroffenen zum Monatswechsel Juni/Juli

2020 mit neu zuständigen Trägern und teils auch mit neuen Pflegepersonen weitestgehend reibungslos gelungen sei. Insgesamt sei man – auch dank der hervorragenden Organisation und Zusammenarbeit von Sozialamt und Trägern – glücklich und froh über die Anschlussversorgung der rund 400 Betroffenen.

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die schriftliche Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

---

### Zu Punkt 3

#### **Corona Pandemie in Bielefeld - Bericht des Krisenstabes der Stadt und des Gesundheitsamtes über Maßnahmen und Vorgehen, insb. über den Umgang mit Betroffenen, Tönnies Auswirkungen auf Bielefeld, Großveranstaltung Arminia und Umgang mit Infizierten**

#### **Berichterstattung: Beigeordneter Herr Nürnberger / Herr Dr. Schmid, Gesundheits- Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt**

##### Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 11296/2014-2020

Über die dem Sozial- und Gesundheitsausschuss vorliegende Informationsvorlage hinaus berichtet Herr Nürnberger über aktuelle Entwicklungen.

Insgesamt stelle man im Vergleich zum Verlauf im Mai und Juni mehr Meldungen positiv getesteter Personen fest. Auffällig sei, dass es sich vermehrt um Reiserückkehrende aus Risikogebieten handle.

Herr Nürnberger betont in diesem Zusammenhang, wie wichtig es sei, sich insbesondere bei Reiserückkehr testen zu lassen und sich beim Gesundheitsamt zu melden.

Auch das Infektionsgeschehen in Folge von Verlobungs-/Familienfeiern zeige, dass es noch viel Grund zur Vorsicht gäbe.

Das entschiedene Handeln von Ordnungs- und Gesundheitsamt im Zusammenhang mit dem Tönnies-Geschehen habe dazu geführt, dass es zu keiner Cluster-Bildung und Übertragung auf die übrige Bevölkerung gekommen sei.

Insgesamt sei man bislang sehr gut durch die Krise gekommen. Zusammenfassend sei man daher weit entfernt von einer „zweiten“ Pandemie-Welle und einem regionalen Lockdown. Dies verdeutlichen auch die aktuellen Covid-19 Zahlen für Bielefeld – Stand 27.07.2020:

- 581 Menschen sind Covid-19 positiv, ein Plus von 14 Menschen seit der letzten Meldung
- 524 Menschen sind genesen
- 5 Menschen sind an Covid-19 verstorben
- 52 Menschen sind aktuell infektiös, darunter 13 positive Reiserückkehrer.

Herr Nürnberger stellt die Überlegungen für eine neue „Corona- Abteilung“ mit 20 zusätzlichen Mitarbeitern im Gesundheitsamt vor, die im Rahmen einer Dringlichkeitsentscheidung des Rates kurzfristig eingerichtet werden soll. Hintergrund für diese Überlegungen sei, dass davon ausgegangen werden müsse, dass das Infektionsgeschehen mindestens für die nächsten 6 – 12 Monate fortbestehen werde. Um das Gesundheitsamt auch zukünftig arbeitsfähig zu halten und der hohen Arbeitsbelastung aufgrund von Schicht- und Wochenendarbeit gewachsen zu sein, sei dieser Schritt zwingend nötig.

Im weiteren Verlauf erläutert Herr Nürnberger die aktuelle Situation in der Kfz-Zulassungsstelle. Er berichtet, es habe sich eine Beschäftigte der Kfz-Zulassungsstelle mit Covid-19 infiziert. Vorangegangen sei eine rund 3 stündige Dienstbesprechung mit 35 Mitarbeiter\*innen anlässlich der aktuellen Wartezeiten in der Kfz-Zulassungsstelle. Diese Mitarbeitenden seien daraufhin in Quarantäne gesetzt und im weiteren Verlauf dann auch ins Homeoffice versetzt worden, um von dort Händlermappen zu bearbeiten. Der Betrieb in der Zulassungsstelle werde mit ehemaligen Mitarbeitern und Kollegen, die nicht an der Dienstbesprechung teilgenommen hätten, aufrechterhalten.

Vorsitzender Herr Hood bedankt sich für die ausführlichen Ergänzungen zur Informationsvorlage und eröffnet die anschließende Fragerunde.

Herr Werner und Herr Copertino führen aus, dass der Grund für die Einberufung einer Sondersitzung des SGA die Kritik an der derzeitigen Arbeit des Gesundheitsamtes insbesondere im Hinblick auf die Verfahrensabläufe bei der Quarantäne-Anordnung und der Erreichbarkeit der Hotline gewesen sei. Man sehe sich durch die aktuelle Situation in KFZ-Zulassungsstelle bestätigt. Es werde darüber hinaus in Frage gestellt, ob die Hygieneregeln in der anberaumten Dienstbesprechung der Zulassungsstelle eingehalten worden seien. Wenn dies so sei, bestehe Unverständnis über die weitreichende Quarantäne der Mitarbeiter. Diese Situation führe nun dazu, dass Autohändler besorgt seien und fürchteten, dass aufgrund von Corona-Schutzmaßnahmen der Betrieb in der Kfz-Zulassungsstelle erneut eingeschränkt werde.

Herr Nürnberger wird gebeten, dazu im weiteren Verlauf Stellung zu nehmen.

Außerdem wird das Verhalten des Oberbürgermeisters Pit Clausen u.a. während der Arminia-Aufstiegsfeier und im Hinblick auf seine Äußerungen während des Tönnies-Lockdowns im Kreis Gütersloh von der CDU-Fraktion in mehreren Redebeiträgen kritisiert. Er werde damit seiner Vorbild-Funktion als Stadtoberhaupt nicht gerecht. Die CDU-Fraktion fordere daher weiterhin, dass der Oberbürgermeister sich bei der Bevölkerung in Bielefeld, aber auch in Gütersloh zu entschuldigen habe.

Herr Gugat fragt nach, wie die Arbeit der Kontaktverfolgung aktuell durch die Mitarbeitenden im Gesundheitsamt konkret erledigt werde. Er bittet insbesondere um Schilderung, ob die Arbeit mithilfe von Datenbanken oder noch analog erfolge.

Frau Weißenfeld bedankt sich für den Sachstandsbericht und stellt her-

aus, dass sich die Bevölkerung in Bielefeld in der Regel sehr vorbildlich verhalten habe. Dies sei ein Grund dafür, weshalb Bielefeld bislang einen guten Pandemieverlauf zu verzeichnen habe.

Im Hinblick auf die Kritik an Oberbürgermeister Clausen merkt Frau Weißenfeld an, dass auch „Pannen“ passieren könnten und niemand frei von Fehlern sei. Die Corona-Pandemie habe in der Vergangenheit auch auf Bundes- und Landesebene gezeigt, dass der korrekte Umgang mit der Situation nicht immer in Gänze gelinge.

Anschließend appelliert sie, man solle vielmehr gemeinsam und geschlossen in der Corona-Krise die richtigen Maßnahmen unterstützen und gegenüber den Bürgern vertreten. Corona solle nicht zu einem Wahlkampfthema gemacht werden. Im Übrigen habe sie sich von den Spielern von Arminia Bielefeld ein professionelleres Verhalten gewünscht.

All das zeige, man müsse weiterhin wachsam sein. Abschließend dankt Frau Weißenfeld den Verantwortlichen und Beschäftigten in der Verwaltung und bei den freien Trägern. Alle hätten in Corona-Zeiten schnell reagiert, die notwendigen Maßnahmen ergriffen und sich für Corona-Einsätze zur Verfügung gestellt, die nicht als selbstverständlich anzusehen seien.

Herr Nürnberger beantwortet die Fragen der CDU-Fraktion und erklärt, dass die Corona-Regeln bei der Dienstbesprechung eingehalten worden seien. Der Raum sei für die Anzahl der Personen geeignet gewesen und zusätzlich habe es Spuckschutzscheiben gegeben. Dennoch sei nach einer 3,5stündigen Dienstbesprechung mit anschließendem informellen Austausch die Infektionsgefahr durch Aerosole nicht hundertprozentig auszuschließen gewesen. Dies habe letztlich zu den beschriebenen Maßnahmen geführt. Man sei zuversichtlich, dass die getroffenen Maßnahmen wirken würden und sich die Einschränkungen für die Kundinnen und Kunden in Grenzen hielten. Im Verwaltungsvorstand werde man diesen Vorfall nutzen, um über Arbeitshinweise bezogen auf Dienstbesprechungen zu diskutieren.

Frau Dr. Strate-Schneider ergänzt, dass es eine im Sinne des Infektions- und Arbeitsschutzes richtige Entscheidung gewesen sei, die Beschäftigten der Kfz-Zulassungsstelle in Quarantäne zu versetzen.

Herr Werner kommt trotz der Erläuterungen zu der Einschätzung, dass aufgrund der Quarantäneanordnung gegenüber den Beschäftigten der Kfz-Zulassungsstelle dem Autohandel geschadet werde. Der angelegte Maßstab der Fürsorgepflicht sei übertrieben. Herr Weber macht im Hinblick auf das Thema im späteren Verlauf der Sitzung deutlich, dass Face-to-Face-Besprechungen nur in kleinen Gruppen und in begrenztem zeitlichen Rahmen stattfinden dürften. Gesellige, informelle Aspekte und Gespräche seien in Zeiten von Corona ausgeschlossen. Hier sehe er eine besondere Vorbildfunktion des öffentlichen Dienstes.

Auf die Frage von Herrn Gugat teilt Frau Strate-Schneider mit, dass die Beschäftigten des Gesundheitsamtes zu Beginn der Corona-Krise nicht über ein unterstützendes Computerprogramm verfügt hätten. Mittlerweile arbeiten die Mitarbeitenden aber mit einem eigens für die Aufgabe entwickelten Programm. Erfassungs-Formulare seien digital hinterlegt und direkt am PC ausfüllbar.

Anschließend geht Herr Nürnberger noch einmal auf die Hinweise der CDU-Fraktion zur Arbeitsweise des Gesundheitsamtes ein. Um zukünftig die Arbeitsabläufe zu verbessern, werde die bereits vorgestellte Dringlichkeitsentscheidung auf den Weg gebracht.

Mit Blick auf die Äußerungen zur Lockdown-Situation in Gütersloh stellt Herr Nürnberger klar, dass es dem Oberbürgermeister und dem Krisenstab der Stadt Bielefeld sehr wichtig gewesen sei, positive Signale auszusenden. Man habe sich daher bewusst gegen Einreisebeschränkungen oder Hausverbote ausgesprochen.

Frau Wahl-Schwentker äußert, dass Menschen durchaus auch Fehler unterlaufen könnten. Sie macht gleichwohl deutlich, dass sie der Auffassung sei, dass ein Oberbürgermeister aus seiner Vorbildfunktion heraus Fehler einzuräumen habe.

Im Hinblick auf die Kfz-Zulassungsstelle sieht auch sie Versäumnisse der Verwaltung bei der Durchführung der Dienstbesprechung.

Anschließend bedankt sie sich bei den Mitarbeitenden im Gesundheitsamt für die geleistete Arbeit und verbindet dies mit der Bitte darzulegen, welche Teststrategie verfolgt werde.

Herr Weber mahnt noch einmal an, dass das Gesundheitsamt eine schnelle und zuverlässige Informationsweitergabe mit E-mail und App-Gruppen realisieren müsse.

Herr Weber stellt anschließend in Richtung der SPD-Fraktion klar, es handele sich bei der Sondersitzung nicht um eine Wahlkampfveranstaltung. Vielmehr sei die Corona-Pandemie als virulentes Thema allein Grund für die Einberufung dieser Sondersitzung.

Mit Blick auf das Vorgehen des Ordnungsamtes in der Pandemie führt Herr Weber aus, dass er im Vergleich zu anderen NRW-Kommunen wie Bonn und Wuppertal angesichts der Bußgeldverfahren die Angemessenheit des Bielefelder Ordnungsamtes bezweifele. Es sei in Parks im Stadtgebiet festzustellen, dass unzulässige Ansammlungen von Menschen teils ohne Mund-Nasen-Schutz stattfänden, die nicht kontrolliert würden.

Herr Holler-Göller bedankt sich für die Berichte und die Beantwortung der Anfragen. Seine Fraktion orientiere sich am bisherigen Erfolg des Gesundheitsamtes bei der Bekämpfung von Covid-19-Pandemie. Er spricht sich dagegen aus, ein freilich kritikwürdiges Verhalten des Oberbürgermeisters aus der Vergangenheit für Wahlkampfzwecke zu verwenden. Vielmehr könne man mit dem Endergebnis zufrieden sein und man könne optimistisch in die Zukunft schauen.

Mit Blick auf die Kfz-Zulassungsstelle erklärt er, dass es richtig gewesen sei, auf die ärztliche Entscheidung zu vertrauen.

Herr Holler-Göller berichtet, dass Menschen mit Behinderungen bei elektronischen Anmeldemodalitäten bspw. in Freibädern benachteiligt seien. Er wendet sich an die Verwaltung mit der Bitte, künftig mehr auf die Belange benachteiligter Menschen einzugehen.

In Erweiterung zu TOP 3.2 bittet Herr Holler-Göller im Namen seiner Fraktion, die Verwaltung müsse auch künftig besonders vulnerable, ein-

kommensschwache Personengruppen im Blick behalten.

Er bittet den Vorsitzenden Herr Hood und das Dezernat um einen Bericht zur nächsten Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 25.08.2020 zu den Fragen:

- wie es mit der Mittagsverpflegung von Kindern nach den Sommerferien weitergehe,
- wie könne die Verwaltung Familien unterstützen, die mit den digitalen Anforderungen beim Homeschooling nicht zurechtkommen und
- wie sieht die Unterstützung der Familien bei der Versorgung mit digitalen Endgeräten aus.

Auf die Fragen der Herren Gugat und Weber zur Technikausstattung erklären Herr Nürnberger und Frau Dr. Strate-Schneider, dass man sehr frühzeitig E-mail-Sonderpostfächer eingerichtet habe. Leider hätten sich zum Teil die Labore geweigert, Berichte digital zu übermitteln. Häufig seien aber auch die niedergelassenen Ärzte technisch nicht sehr gut ausgestattet, so dass auf die Faxübermittlung nicht verzichtet werden konnte. Zur Verbesserung der Zusammenarbeit kämen in einer eigens eingerichteten „Pandemie-AG“ regelmäßig die Leitung des Gesundheitsamtes, Vertreter\*innen niedergelassener Ärzt\*innen und der kassenärztlichen Vereinigung sowie Vertreter\*innen aus den örtlichen Krankenhäusern zusammen, um das konkrete Vorgehen in der Corona-Krise zu besprechen. Mittlerweile stünde auch das Computerprogramm „DEMIS“ zur Verfügung. Dies verbessere die eigene Arbeit, aber auch die Zusammenarbeit mit zahlreichen Laboren im Bundesgebiet.

Zur Frage der Teststrategie von Frau Wahl-Schwentker teilt Herr Nürnberger mit, dass sich das Gesundheitsamt an die nationale Teststrategie des RKI halte. Eine Strategie wünsche er sich auch vom Land NRW im Hinblick auf die angekündigten Massentestungen für Reiserückkehrende. Man warte seitens der Landesregierung auf Vorgaben zum weiteren Vorgehen. Jedenfalls stelle sich das Gesundheitsamt auf erhöhtes Arbeitsaufkommen bezogen auf Kontaktverfolgungen ein.

Herr Nürnberger führt zur Strategie des Ordnungsamtes aus, dass auf Verhaltensänderungen durch persönliche Ansprachen und hohe Präsenz gesetzt werde. So könne ganz bewusst – mit Ausnahme bei erheblichen Verstößen – auf Bußgelder verzichtet werden. Trotzdem hätten ein paar Hundert Bußgelder ausgesprochen werden müssen.

Herr Nürnberger ruft in Erinnerung, dass nicht zuletzt die Politik in unterschiedlichsten Anlässen darauf hingewiesen habe, nicht bei jeder Gelegenheit Bußgelder zu verhängen.

Zusammenfassend hätten sich die Menschen in Bielefeld gut an die Regeln gehalten. Dies werde durch den Vergleich der Bielefelder Infektionszahlen mit denen anderer vergleichbarer Kommunen in NRW bestätigt.

Herr Paus weist auf die Situation mangelnder Testkapazitäten hin, die insbesondere dann zum Problem würde, wenn es zu einer zweiten Pandemie-Welle komme. Er macht deutlich, dass bei den Wohlfahrtsverbänden ausreichend Fachkräfte im Bereich der ambulanten und stationären Pflege zur Verfügung stünden. Es müsse darum gehen, Personal und Tests zusammen zu bringen und eine zügige Laborbearbeitung sicherzustellen.

Frau Bußmann äußert zur Situation in der Kfz-Zulassungsstelle ergänzend, dass Besprechungen zukünftig anders zu organisieren seien. In diesem Zusammenhang bemängelt sie, dass ohnehin – wie schon lange von der Fraktion die LINKE angemahnt – in sensiblen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens eine zu knappe Personalbemessung festzustellen sei. Trotz knapper Personalstärken müsse auch bei geschlossenen Verwaltungen besonderes Augenmerk auf Einkommensschwache und Personen mit Sprachbarrieren gelegt werden.

Frau Bußmann erklärt mit Bedauern, dass das Verhalten des Oberbürgermeisters im Zusammenhang mit der Aufstiegsfeier von Arminia Bielefeld seiner Vorbildfunktion geschadet habe. Sie appelliert, alle mögen es künftig besser machen.

Frau Pape leitet ein, den Optimismus von Herrn Holler-Göller nicht zu teilen, da sie ihn für verfrüht und gefährlich halte. Sie mahne daher weiterhin zur Vorsicht. Anschließend fragt sie an, wie das Gesundheitsamt mit Reiserückkehrern umgehe, die von deutschen Flughäfen gemeldet werden.

Herr Gugat teilt die Auffassung, dass der Oberbürgermeister sich hätte entschuldigen müssen. Er führt jedoch weiter aus, dies sei weder Anlass noch Großthema für eine Sondersitzung.

Herr Gugat lobt noch einmal die gute Arbeit des Gesundheitsamtes und begrüßt die Maßnahmen, die eine bessere und schnellere Aufgabeerledigung ermöglichen. Die Corona-Pandemie zeige darüber hinaus, Katastrophenschutz müsse in Bielefeld diskutiert werden, da er glaube, auf Großereignisse wie Strom- und Internetausfälle sowie großflächige Naturkatastrophen sei die Stadt Bielefeld nicht ausreichend vorbereitet. Herr Gugat bittet den Verwaltungsvorstand sich auf nicht unrealistische Szenarien angemessen vorzubereiten.

Frau Wahl-Schwentker und Herr Copertino fragen konkret nach, wie hoch die Testkapazitäten im Hinblick auf die vom Land angekündigten Testungen seien. Sie appellieren an Herrn Nürnberger, die Verwaltung solle nicht warten, dass das Land NRW konkrete Handlungskonzepte für Reiserückkehrer herausgebe. Die Verwaltung habe die Sorgen und Ängste der Bürger\*innen ernst zu nehmen.

Des Weiteren bittet Herr Copertino um Beantwortung der Frage in der nächsten Sitzung des SGA, wie viele Bußgelder im Zusammenhang mit Corona in Bielefeld verhängt worden seien und bittet diesbezüglich ein Benchmarking vorzunehmen.

Sodann bewirbt Herr Copertino den Antrag der CDU-Fraktion und hält fest, dass dieser Antrag (siehe TOP 3.5) konkreter, tiefgreifender und zukunftsweisender sei, als der Antrag der Kooperation aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Lokaldemokratie Bielefeld.

Herr Nürnberger greift die Nachfrage zu den Testkapazitäten auf und betont, dass es aktuell seitens der Landesregierung lediglich eine Pressemitteilung zur Testung von Reiserückkehrenden gebe. Auf Nachfrage beim Städtetag sei in Erfahrung gebracht worden, dass die Landesregierung die Kosten für diese Tests übernehme und in Gesprächen mit der Kassenärztlichen Vereinigung sei. Mangels klarer Vorgaben im Umgang mit Corona-Tests bei Reiserückkehrenden werde die Stadt Bielefeld das

Verfahren eigenverantwortlich gestalten. Es sei deshalb beabsichtigt, auf die örtlichen Ansprechpartner in der Krankversicherung und den Ärzt\*innen zuzugehen, um die Umsetzung der Corona-Tests zu besprechen.

Herr Winkelmann zeigt sich irritiert über das Verhalten von Hausärzten im Rahmen von Corona-Testungen. Er beschreibt aus persönlicher Betroffenheit, dass Hausärzte teils weder informiert seien noch hätten sie entsprechende Schutzausrüstungen, um Testungen selbst vorzunehmen. Dies stelle insbesondere Eltern von Kindern mit Einschränkungen vor Probleme.

Frau Dr. Strate-Schneider erläutert in diesem Zusammenhang die nationale Teststrategie. Sie beschreibt, dass Umgebungsuntersuchungen z. B. in Einrichtungen immer dann durchzuführen seien, wenn ein positives Testergebnis vorliege. Das Gesundheitsamt sei somit für die Testungen asymptomatischer Personen verantwortlich. Niedergelassene Ärzte hingegen hätten symptomatische Personen zu testen. Dies sei auch sinnvoll, weil nur diese auch über eine Anschlussbehandlung zu befinden hätten.

Frau Strate-Schneider räumt ein, dass dem Gesundheitsamt bereits Reklamationen im Umgang mit Testungen bekannt seien. Sie empfiehlt unter Bezug auf den Wortbeitrag von Herrn Winkelmann, sich bei Problemen an den ärztlichen Notdienst unter Tel.-Nr. 116117 zu wenden.

Zu den Testkapazitäten erklärt Frau Dr. Strate-Schneider, dass man zusammen mit der Feuerwehr und dem ASB in der Lage sei, in Krisenzeiten bis zu 4.000 Testungen pro Tag vornehmen zu können. Gleichzeitig habe das Gesundheitsamt Optimierungsprozesse bei der Umsetzung von Teststrecken im Blick. Das Gesundheitsamt selbst biete zudem Testungen für Kinder an.

Herr Nürnberger ergänzt, dass laut Aussage des NRW-Gesundheitsministers die Labore in NRW in der Lage seien, alle zwei Wochen ca. 186.000 Tests durchzuführen. Für Bielefeld könnten keine genauen Angaben zu Laborkapazitäten genannt werden, da die durchführenden Labore einerseits variierten und andererseits nicht nur Bielefelder Tests geprüft würden.

Auf die Einschätzung von Frau Pape antwortet Herr Nürnberger, dass es Ziel sei, die Infektionszahlen in Bielefeld so gering wie möglich zu halten. Mit den aktuellen Infektionszahlen (= 52 Infizierte) sei man diesem Ziel sehr nahegekommen. Mit diesem Ergebnis sei man zufrieden.

Frau Dr. Strate-Schneider teilt zur Frage von Frau Pape mit, dass negativ getestete Reiserückkehrende nicht in Quarantäne müssten, gleichwohl aber positiv Getestete. Dabei würde sich bislang häufig nur der Hauptnährer einer Familie bei Reiserückkehr testen lassen, weil er schnellstmöglich wieder seiner Erwerbstätigkeit nachgehen wolle. Bei positivem Ergebnis führe dies zur Quarantäne der Haushaltsmitglieder sowie zur Kontaktnachverfolgung. Mit der Ankündigung der Massentestung von Reiserückkehrenden an Flughäfen etc. werde dies zukünftig überwiegend obsolet. Abschließend teilt Frau Strate-Schneider mit, dass es aktuell 13 positiv getestete Reiserückkehrende gebe.

Im Anschluss beendet der Vorsitzende Herr Hood die Diskussion.

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt nach Abschluss der Diskussion die Vorlage der Verwaltung zur Kenntnis.

---

**Zu Punkt 3.1 Auswirkungen der Coronakrise auf Geflüchtete und andere Personengruppen in Gemeinschaftsunterkünften (Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16.07.2020)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 11261/2014-2020

Der Vorsitzende Herr Hood weist darauf hin, dass die Antwort der Verwaltung vorliege und bittet um Wortmeldungen.

Herr Gugat fragt nach, wie sich das Coronageschehen auf die Einrichtungen Südring und Oldentruper Hof des ausgewirkt habe.

Frau Dr. Strate-Schneider berichtet hierzu, man sei im engen Austausch mit den beiden dort eingesetzten Ärzt\*innen. Sobald in diesen Einrichtungen ein positiver Fall gemeldet werde, werde das Gesundheitsamt sofort aktiv, um ein Ausbruchsgeschehen zu unterbinden.

Darüber hinaus informiert Frau Dr. Strate-Schneider insbesondere darüber, dass das Gesundheitsamt abweichend von der Normalbelegung (65 %) eine Belegung von nur 50 % empfohlen habe. Dadurch könne aufgrund der überwiegenden Zwei-Bett-Zimmer-Ausstattung eine ausreichende Isolierung vorgenommen werden. Im Übrigen habe man sich entgegen der Landesempfehlungen für Flächentestungen in diesen Einrichtungen entschieden, um so einem Ausbruchsgeschehen wirksam entgegensteuern zu können.

Auf weitere Nachfrage von Herrn Gugat teilt Frau Dr. Strate-Schneider mit, dass es in der Vergangenheit rund 100 Testungen in den Einrichtungen Südring und Oldentruper Hof gegeben habe.

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

---

**Zu Punkt 3.2 Durch Coronakrise bedingte spezifische Bedarfe von einkommensschwachen Menschen (Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16.07.2020)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 11262/2014-2020

Ohne weitere Wortmeldungen nimmt der Sozial- und Gesundheitsaus-

schluss die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

---

Zunächst erfolgt die Beratung zu TOP 3.4

**Zu Punkt 3.3 "Gesundheitsamt stärken - Handlungsfelder beschreiben" (Antrag der Koalition SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Lokaldemokratie in Bielefeld vom 23.07.2020)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 11293/2014-2020

11307/2014-2020

Der Vorsitzende ruft den Antrag auf.

Einleitend unterbreitet Herr Copertino das Angebot, er wolle den Antrag der CDU (siehe TOP 3.5) mit dem Antrag der Kooperation von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Lokaldemokratie zusammenfassen und gemeinsam beraten.

Er begründet sein Angebot damit, dass beide Anträge in die gleiche Richtung gingen. Herr Copertino beantragt zur Beratung eine Sitzungsunterbrechung.

-----  
-----  
***Herr Hood unterbricht daraufhin um 19:00 Uhr die Sitzung***  
-----  
-----

Vorsitzender Herr Hood nimmt die unterbrochene Sitzung um 19.05 Uhr wieder auf.

Nach gemeinsamer Beratung haben sich die an den Anträgen zu TOP 3.3. und TOP 3.5 beteiligten Fraktionen auf einen gemeinsamen Antrag verständigt. Dabei soll der vorliegende Antrag der Kooperation aus SPD, Bündnis90/Die Grünen und Lokaldemokratie Bielefeld (Drucksachen-Nr. 11293/2014-2020) um die Fragen im CDU-Antrag (Drucksachen-Nr. 11307/2014-2020) ergänzt werden:

Sodann fasst der Sozial- und Gesundheitsausschuss folgenden von der Beschlussvorlage abweichenden **Beschluss: (Änderung in fett)**

Die Verwaltung wird beauftragt, kurzfristig ein Konzept **unter Berücksichtigung der Fragen des CDU-Antrages vom 24.07.2020** zu erarbeiten, welches beinhaltet, dass das Gesundheitsamt die öffentliche Gesundheitsvorsorge besser wahrnehmen kann. Dabei soll es zum einen um Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Infektionsschutz gehen, zum anderen aber auch um die weiteren Aufgaben des Gesundheitsamts (insbesondere auch im Bereich der Prävention sowie der Kontrollaufgaben).

Dieses Konzept soll die verschiedenen Handlungsfelder aufrufen und

Einschätzungen zu den Personalbedarfen sowie räumlicher, sächlicher und finanzieller Auswirkungen beinhalten und in der nächsten SGA-Sitzung vorgelegt werden.

Einstimmig beschlossen.

---

**Zu Punkt 3.4 "Wie viele Soloselbstständige haben infolge der COVID 19 Pandemie Grundsicherung beantragt?" - Anfrage der CDU-Fraktion vom 24.07.2020**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 11305/2014-2020

*Hinweis: Dieser TOP wurde vorgezogen und nach TOP 3.2 beraten.*

Herr Nürnberger berichtet hierzu mündlich, dass im Zeitraum 16.03.2020 – 24.07.2020 insgesamt 515 Anträge von Selbstständigen beim Jobcenter Bielefeld auf Grundsicherung nach dem SGB II gestellt worden seien. Rund 50 – 60 % dieser Anträge seien bewilligt worden. Die übrigen Anträge seien zurückgezogen, abgelehnt oder versagt worden.

Die Anzahl dieser Anträge sei aus Sicht von Herrn Nürnberger durchaus als sehr hoch einzuschätzen. Vor Corona habe das Antragsaufkommen bei rund 10 – 20 Anträgen von Selbstständigen pro Monat gelegen.

Im Übrigen ergänzt Herr Nürnberger, dass eine Differenzierung der Anträge, ob diese infolge der Pandemie oder aus anderen Gründen gestellt wurden, nicht möglich sei, da hierzu keine differenzierte Statistik geführt werde. Insofern könne die vorgestellten Zahlen allenfalls eine Tendenz abbilden.

Abschließend wird berichtet, dass sich im gleichen Zeitraum 24 Leistungsberechtigte als „Gründer“ selbstständig gemacht haben.

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

---

**Zu Punkt 3.5 "Die Verwaltung wird beauftragt, bis zur nächsten SGA-Sitzung am 25.08.2020 ein Corona- Handlungskonzept zu erstellen." - Antrag der CDU-Fraktion vom 24.07.2020**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 11307/2014-2020

*Hinweis: Dieser Tagesordnungspunkt wurde zusammen mit Drucksach-*

chennummer 11293/2014-2020 unter TOP 3.3 beraten und beschlossen (s. TOP 3.3).

Die Verwaltung wird beauftragt, bis zur nächsten SGA-Sitzung am 25.08.2020 ein Corona- Handlungskonzept zu erstellen, welches insbesondere zu folgenden Punkten inhaltlich Stellung nimmt:

- Wird betroffenen Personen, denen gegenüber eine Quarantäne angeordnet wurde, kurzfristig eine umgehende schriftliche Information nebst einzuhaltenden Auflagen zugeleitet?
- Wie kann kurzfristig ein rechtsgültiger Bescheid den Betroffenen zugänglich gemacht werden?
- Wie kann sichergestellt werden, dass betroffene Arbeitnehmer umgehend bzw. kurzfristig eine Bestätigung für den Arbeitgeber über eine etwaige Infektion bzw. Quarantäneanordnung erhalten?
- Wie ist im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit sichergestellt, dass über geeignete Formate Interessierte und Betroffene über die mit der Corona Infektion verbundenen Einschränkungen und Maßnahmen informiert werden (Erweiterung und Verbesserung der FAQ, Einrichtung eines Avatars)?
- Wie ist sichergestellt, dass das Gesundheitsamt für Betroffene 24/7, mithin rund um die Uhr, an Wochenenden und Feiertagen unmittelbar erreichbar ist?
- Wie kann das Gesundheitsamt von Betroffenen erreicht werden?
- Wie kann man für Urlaubsrückkehrer eine Information fertigen, die ihnen ermöglicht, abzuschätzen, ob sie für ihre Familie oder andere eine Infektionsgefahr darstellen?
- Wie kann ferner auch sichergestellt werden, für Urlaubsrückkehrer erleichtert Tests zu ermöglichen, um eine Klarheit über eine etwaige Infektion herzustellen?
- Wie kann im Rahmen dieses Konzeptes ein Notfallplan für eine etwaige zweite Welle oder einen Infektionshotspot konkret ausgestaltet werden (Hintergrund Personal muss schnell aufgestockt werden)?
- Ist sichergestellt, dass beim Gesundheitsamt im Falle einer zweiten Welle oder eines Infektionshotspots mit geschultem Personal die Anzahl der Mitarbeiter umgehend hochgefahren werden kann?

mit anderem Punkt zusammen beraten und abgestimmt

-.-.-

---

Joachim Hood, Vorsitzender

---

Holger Becker, Schriftführung